



DIREKT-NACHRICHT

ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

Transfairleistung

Mit dem Wissen von heute bin ich ehrlich gesagt nicht hundertprozentig überzeugt, dass ich nochmal einen internationalen Transgender Day of Visibility starten würde.* Eine traurige Erkenntnis von Rachel Crandall-Crocker, die am 31. März 2009 eben diesen Tag initiierte. Wie viele andere *trans* Personen vermisste sie ein Datum, um die Vielfalt und Existenz der eigenen Community zu feiern – statt nur ihrer Toten zu gedenken.

Doch Sichtbarkeit ist eine zweischneidige Sache. Sie kann selbstgewählt geschehen, um Wünsche zu äußern, die eigene Lebensrealität zu teilen, sich mit anderen zu vernetzen und damit eine positive Erfahrung sein. Aktuell bedeutet Sichtbarkeit für *trans* Personen aber – online wie offline – primär Gewalt, da sie ständig als Verhandlungsmasse ins Rampenlicht politischer Debatten gezerrt und dort als Feindbild beschworen werden.

Trans und nicht-binäre Personen rütteln eben nicht nur an den Grundfesten der Zweigeschlechtlichkeit, die einen Menschen von Geburt an am liebsten über dessen Genitalien beurteilt. *Trans* Personen sind der lebende Beweis dafür, dass diese Ideologie unterdrückender Humbug für uns alle ist.

Dass sich rechtskonservative Kräfte davon angegriffen fühlen, verwundert nicht. Doch können sie mit ihren Kampagnen gegen die Selbstbestimmung von *trans*-Personen leider oft auf die Transfeindlichkeit der Dominanzgesellschaft zählen. Wahlweise wird dann vorgegeben, nur im Namen von Kinder- oder Frauenrechten zu handeln, und auch selbsternannte Feministinnen starten widerlichste Attacken.

Der Kampf für körperliche Selbstbestimmung ist ein absolut feministisches Anliegen. Er kann daher nur mit *trans* Personen geführt und einschließlich ihrer Bedürfnisse auf der Agenda gewonnen werden. Wer die medizinische Versorgung von *trans* Personen – gerade wenn sie Kinder oder Jugendliche sind – blockiert, verordnet ihnen dagegen eine Konversionstherapie durch die Hintertür. Auch deshalb braucht es anstelle des sogenannten „Transsexuellengesetzes“ endlich ein Selbstbestimmungsgesetz.

Statt kostspieliger, zeitaufwendiger und entwürdigender Gutachterei, die auf übergriffige Fragen nach Masturbationsverhalten oder sexuellen Vorlieben setzt, zählt dann die Selbstausskunft der jeweiligen Person. Um den Geschlechtseintrag zu ändern, genügt eine Erklärung vor dem Standesamt. Denn nur *trans* Personen selbst sind Expert_innen für ihre geschlechtliche Identität.

Bombenstimmung

Der Iran ist keine homogene Diktatur, sondern eine hybride Form aus Autokratie und Demokratie. Und bald Atommacht? | Von Natalie Amiri

Ganz zu Beginn, im Sommer 2015, beschrieben viele Iraner die Zeit nach Abschluss des Atomabkommens als Flitterwochen mit dem Westen. Die Menschen tanzten in Teheran auf den Straßen, nachdem in den Nachrichten die Mitteilung über das erfolgreich abgeschlossene Abkommen verbreitet wurde.

Von dem Flitterwochengelächter ist nicht mehr viel übrig. Die Scheidung war teilweise schon vollzogen. Bis Joe Biden zum amerikanischen Präsidenten gewählt wurde.

Nicht nur Teheran hatte darauf gehofft, auch die EU. Und so ging ihre gemeinsame Warte- und Hinhaltetaktik auf – Trump, erklärter Iran-Deal-Gegner, ist abgewählt. Teheran hofft, dass mit der neuen US-Regierung eine Rückkehr zum Atomabkommen eingeleitet werden kann. Präsident Biden hat dies auch schon während seines Wahlkampfes angekündigt.

Doch einfach wird es nicht werden.

Die Länder blockieren eine Einigung durch gegenseitige Bedingungen. Keiner will zuerst nachgeben. Iran, so betont Washington, muss zuerst die Auflagen aus dem JCPOA, dem Atomabkommen, wieder vollständig umsetzen.

Die Islamische Republik hat sich genau ein Jahr, nachdem die USA aus dem Abkommen ausgestiegen waren, nicht mehr an dieses gehalten. Inzwischen wird Uran auf 20 Prozent angereichert, fünfmal höher, als im Abkommen erlaubt, in neuen Zentrifugen, die laut Abkommen auch nicht erlaubt sind. Anders als vereinbart, wird das angereicherte Uran nicht mehr außer Landes gebracht. Gleichzeitig arbeitet man an neuen Atomanlagen. Alles Verstöße gegen das Abkommen. Doch Iran sieht sich im Recht. Seien doch die USA 2018 ausgestiegen und habe doch die Islamische Republik nie die Versprechen eingelöst bekommen, die ihr bei Abschluss des Atomabkommens gegeben wurden. Das größte Versprechen: Wirtschaftsaufschwung.

Es ist das bekannte alte Problem: Irans Präsident Hassan Rohani müsste ein Zurückfahren des Atomprogramms

den Hardlinern in der Islamischen Republik verkaufen. Doch die Hardliner, die dieses Abkommen noch nie befürworteten, sehen sich jetzt erst recht von den Amerikanern betrogen. So sagte der Chef der Revolutionsgarde, Hussein Salami, jüngst, dass der Iran überhaupt kein Atomabkommen brauche.

US-Außenminister Antony Blinken warnte kürzlich davor, dass die Islamische Republik nur noch „Monate“ davon entfernt sei, eine eigene Atombombe konstruieren zu können. Das alles hört sich nicht gerade nach neuen Flitterwochen an.

Die Staatengemeinschaft fürchtet Irans Atomprogramm zu Recht. Die Gefahr ist groß – für die Welt und die Iraner. Hätten die Mächtigen in Teheran eine Atomwaffe in den Händen, würden sie sich damit das Weiterbestehen ihres Regimes sichern. Denn es wäre dann nicht mehr ohne weiteres möglich, die Herrscher zu stürzen. Warum hängt die Führung so sehr am Nuklearprogramm, wenn es angeblich nur zivilen und friedlichen Zwecken dienen soll? Das klingt wenig glaubwürdig. US-Präsident Biden muss sich beeilen, wenn er den Konflikt noch entschärfen und die Mullahs vom Besitz einer Atombombe abhalten will.

Eigentlich herrscht auch schon so etwas wie Krieg. Der iranische Verteidigungsminister warnte kürzlich Richtung Israel, dass die Pläne fertig auf dem Tisch lägen, um Tel Aviv und Haifa vollkommen auslöschen zu können. Iran ließ über

Stellvertreter einen US-Stützpunkt im Irak mit zehn Raketen angreifen. Iranische Stellungen in Syrien wurden daraufhin als Vergeltungsschlag der Amerikaner zerstört. Israel greift iranische Tanker an, Iran greift israelische Tanker an. Iran sorgte laut Israel für die größte Umweltkatastrophe im Land seit Jahren. Die israelische Regierung wirft dem Iran vor, „Umweltterrorismus“ zu betreiben: Zwischen dem 1. und 2. Februar 2021 habe Iran absichtlich mehrere tausend Tonnen Rohöl von einem unter panamaischer Flagge fahrenden Tanker in seine Hoheitsgewässer abgelassen und damit mehr als 100 Meilen der Mittelmeerküste verschmutzt. Bisher wurden etwa tausend Tonnen schwarzer Teer und zahlreiche tote Tiere angespült. Die Strände sind seither gesperrt, Fischer dürfen ihren Fang nicht mehr verkaufen.

Im Iran ist nichts so, wie es scheint. Dazu zählt auch, dass der Iran das Land mit der pro-amerikanischsten Gesellschaft in der Region ist. Ein Land, in dem eine Frau vor dem Gesetz teilweise nur halb so viel wert ist wie ein Mann, aber 57 Prozent der Studierenden an Universitäten weiblich sind. Frauen müssen ihre Weiblichkeit unter Kopftuch, Mantel oder Schleier verstecken, und gleichzeitig ist der Make-up-Verbrauch nach Saudi-Arabien der höchste in der gesamten Region. Im Rahmen einer Studie wurden vor einiger Zeit 40000 Iranerinnen und Iraner befragt, wie islamisch sie seien. Demnach verstehen sich 40 Prozent der Bevölkerung als muslimisch-schiitisch. Das heißt aber im Umkehrschluss, dass 60 Prozent das nicht tun. Das deckt sich recht genau mit meiner eigenen Einschätzung – die Mehrheit der Frauen würde vermutlich das Kopftuch ablegen, wenn sie es nicht mehr tragen müssten.

Ein Großteil der Bevölkerung ist sehr frustriert. Das Regime hat den Leuten immer wieder und jahrelang auf perfide Weise versprochen, dass sich etwas zum Besseren ändern, dass es mehr Freiheiten geben würde. Deshalb sind die Menschen immer wieder wählen gegangen. Vor allem, wenn Reformen im Rennen waren. Doch passiert ist nichts. Das macht die Mehrheit der Bevölkerung zornig. Wenn es das nächste Mal knallt, dann richtig.

Doch Protest im Iran heißt auch, das Risiko einzugehen, dafür mit dem Leben zahlen zu müssen. Denn die millionenstarke Basij-Miliz und die militante Revolutionsgarde sorgen dafür, dass eine Opposition im Land nicht entstehen kann.

Wenn der Unmut droht, außer Kontrolle zu geraten, wie zum Beispiel 2009, dann schlagen die Herrscher massiv zurück. Die Sicherheitskräfte scheuen nicht vor tödlicher Gewalt zurück. So war es auch 2019. Die Menschen, die auf den Straßen demonstrierten, wurden einfach erschossen. Bis zu 1500 Iraner sollen laut Reuters damals gestorben sein. Die Menschen wissen sehr genau: Protestieren

sie in der Öffentlichkeit, sind sie in Lebensgefahr. Die Iraner und Iranerinnen, die auf Veränderungen drängen, sehen sich einer hochgerüsteten, zu allem entschlossenen Staatsmacht gegenüber. Für die Herrscher und ihre Schergen zählt ein Menschenleben nichts. Dabei ist der Einzelne so wichtig für das ganze Land. Das macht Israel deutlich. Aber im Iran hat keine Iranerin, kein Iraner dieses Gefühl: etwas zu zählen.

Jedes Mal, wenn ich mit meinen Kolleg:innen für die ARD einen Beitrag über die Zivilgesellschaft und ihre Sorgen und Ängste drehen wollte, war es für uns ein zermürbendes Katz-und-Maus-Spiel mit dem System, seinen Ministerien und Geheimdiensten. Jeden Tag, jede Stunde, jede Minute kontrollierten sie uns westliche Journalisten. Die Zwischentöne und gehei-



NATALIE AMIRI

moderiert seit 2014 den „Weltspiegel“ der ARD aus München. Seit 2015 leitete sie außerdem das ARD-Büro in Teheran. Im Mai 2020 wurde sie vom Auswärtigen Amt gewarnt, nicht mehr in den Iran einzureisen, und musste daher die Leitung des Teheraner Fernsehstudios abgeben. Im März erschien Amiris Buch „Zwischen den Welten. Von Macht und Ohnmacht im Iran“ im Aufbau Verlag.